

Grundwissen Geschichte 10. Klasse

1. Deutschland als Problem der europäischen und internationalen Politik 1945 - 1949

Daten

8./9. Mai 1945	Bedingungslose Kapitulation Deutschlands
Juli/August 1945	Konferenz von Potsdam; Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten
2. Dezember 1946	Verfassung des Freistaates Bayern
1949	Gründung der Bundesrepublik Deutschland (Grundgesetz tritt am 23. Mai in Kraft) und der DDR (Oktober)

Begriffe

Besatzungszone

Nach dem 2. Weltkrieg wurde Deutschland in 4 Besatzungszonen aufgeteilt, in denen die jeweilige Besatzungsmacht die staatliche Hoheitsgewalt übernahm.

Berlin-Blockade

Abriegelung Westberlins durch sowjetisches Militär von Juni 1948 bis Mai 1949. Anlass: Einführung der DM in Westberlin. Versorgung der Stadt durch die sog. „Luftbrücke“ der Westalliierten.

Entnazifizierung

Maßnahmen der 4 Besatzungsmächte zur Beseitigung des Nationalsozialismus und seiner geistigen Grundlagen; u.a. Verbot der NSDAP und ihrer Organisationen, Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse gegen Hauptschuldige, Entnazifizierungsverfahren (ab März 1946 teilweise an deutsche Spruchkammern übertragen), Demokratisierung, Umerziehung.

Währungsreform

Am 20.6.1948 Einführung der DM in den Westzonen und Westberlin, um Stabilität der Währung wieder herzustellen (10 Reichsmark = 1 DM). Am 21.6.1948 eigene Währungsreform in der Ostzone.

2. Der Wandel des Ost-West-Verhältnisses

Daten

1950 - 53	Koreakrieg
1956	Volksaufstand in Ungarn gegen den Sozialismus
1962	Kubakrise, Auslöser: Sowjets stationieren Atomraketen auf Kuba
1965 – 1975	Vietnamkrieg: Niederlage Südvietnams und der USA gegen den kommunistischen Nordteil
1968	Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei = Niederschlagung des „Prager Frühlings“
1975	Schlussakte der KSZE in Helsinki
1985/86	Beginn der Reformen in der UdSSR durch Gorbatschow
1987	Vertrag zur Vernichtung von Mittelstreckenraketen in Europa zwischen USA und UdSSR
1991	Auflösung des Warschauer Paktes und des RGW Zerfall der Sowjetunion Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Breschnew-Doktrin

1968 entwickelte Doktrin von der beschränkten Souveränität und dem beschränkten Selbstbestimmungsrecht der sozialistischen Staaten („Satellitenstaaten“ der Sowjetunion); diente u.a. zur Rechtfertigung der militärischen Interventionen der UdSSR 1968 in der Tschechoslowakei und 1979 in Afghanistan.

Entspannungspolitik

1962 – nach der Kubakrise - beginnende, aber immer wieder stockende Verhandlungen und Schritte zur Überwindung des kalten Krieges und zum Abbau der Spannungen zwischen Ost und West durch Abrüstungs- und Rüstungskontrollgespräche.

Glasnost

1985 von dem damaligen sowjetischen Parteichef M. Gorbatschow verbreitetes Schlagwort für eine Politik größerer Transparenz (z.B. bessere Information der Bevölkerung über staatliche Maßnahmen, öffentliche Erörterung von Missständen).

"Kalter Krieg"

Nach dem 2. Weltkrieg aufgekommene Bezeichnung für die Auseinandersetzungen zwischen dem Ostblock und den Westmächten ohne direkte militärische Konfrontation der beiden Supermächte; ideologische und propagandistische Angriffe, wirtschaftliche Kampfmaßnahmen, Wettrüsten, Stellvertreterkriege (z.B. Vietnam) u.a.; wegen des militärischen Gleichgewichts und der Vernichtungskraft moderner Waffensysteme (Kernwaffen) schlug er nicht in einen "heißen" Krieg um. Er wird durch die Entspannungspolitik entschärft und durch den Zusammenbruch des Ostblocks Ende der 1980er überwunden.

Koexistenz

Friedliches Nebeneinander von Staaten mit unterschiedlicher politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung, jedoch ideologischer und wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen Ostblock und Westen.

KSZE/OSZE

Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, an der 33 europ. Staaten sowie die USA und Kanada teilnahmen. Zwischen 1973–75 wurden 3 Themenkreise bearbeitet: 1. Sicherheit in Europa, 2. wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, 3. Zusammenarbeit auf humanitären und anderen Gebieten. Die Schlussakte wurde 1975 in Helsinki unterzeichnet. In unregelmäßigen Folgetreffen wurden u.a. vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet vereinbart. Ab 1995 OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) mit den Hauptaufgaben Konfliktverhütung und Präventivdiplomatie, aber auch Mitwirkung bei der Stärkung der Demokratie in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens.

Perestroika

Perestroika (russ., "Umbau, Umgestaltung"), von dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow seit 1985 neben "Glasnost" verwendetes Schlagwort für seine auf eine Reform des Staats- und Wirtschaftssystems der UdSSR abzielende Politik in den Jahren 1985 - 1991. Ausdruck der Perestroika waren u.a. eine neue Verfassung, demokratische Wahlen und Pressefreiheit.

3. Die Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland und die Deutsche Frage seit 1949

Daten

Juni 1953	Volksaufstand gegen die SED-Diktatur in der DDR, gewaltsam niedergeschlagen mit Hilfe der sowjetischen Armee
1955	Wiederbewaffnung Westdeutschlands und Eintritt in die NATO
Aug. 1961	Bau der Berliner Mauer
1963	Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag („Elysee-Vertrag“)
1968	Höhepunkt der studentischen Protestbewegung
1972	Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR
1977	Höhepunkt des sozialistischen RAF-Terrors in Westdeutschland
9. November 1989	Öffnung der innerdeutschen Grenzen
3. Oktober 1990	deutsche Einigung ("Tag der Deutschen Einheit")

Begriffe

Alleinvertretungsanspruch (= „Hallstein-Doktrin“)

Seit 1955 (Kanzler Konrad Adenauer, CDU) erhobener Anspruch der Bundesrepublik Deutschland, der den Abbau diplomatischer Beziehungen zu Staaten fordert, welche die DDR völkerrechtlich anerkannten, um den Anspruch auf Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit zu sichern; seit der Großen Koalition 1967 wurde der Alleinvertretungsanspruch abgebaut, ab 1969 (Neue Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition) aufgegeben, da Kanzler Willy Brandt (SPD) nach der Formel verfuhr, dass die Deutschen zwar *ein* Volk seien, es aber *zwei* deutsche Staaten gebe.

4. Entkolonialisierung, "Dritte Welt", Führungsmächte in Ostasien

Daten

1948	Gründung des Staates Israel
1979	Islamische Revolution im Iran

Begriffe

Entkolonialisierung

Die Befreiung von Ländern und Völkern aus der Abhängigkeit von Kolonialmächten, die Auflösung des Kolonialsystems (1945 - 75), teils durch Verzicht der Kolonialherren, teils nach bewaffneten Auseinandersetzungen mit der einheimischen Bevölkerung.

„Dritte Welt“

Sammelbezeichnung für 1. die Gruppe der neutralen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die weder zu den kapitalistischen noch zu den sozialistischen Industrieländern (Erste u. Zweite Welt) gehörten, 2. allgemein für Entwicklungsländer, meist ehemalige Kolonien, deren Bevölkerung von Armut, Hunger und Krankheit bedroht ist. Da innerhalb der Dritten Welt große Wohlstandsunterschiede bestehen, bezeichnet man die ärmsten Länder oft als Vierte Welt.

"Nord-Süd-Konflikt"

Das politische, wirtschaftliche und soziale Spannungsverhältnis zwischen den reichen, hochentwickelten Industrieländern der nördlichen Halbkugel und den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Dabei wird von den Entwicklungsländern die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung gefordert, mit der die bestehenden Ungerechtigkeiten des Weltwirtschaftssystems beseitigt werden sollen. Dieses Ziel will man über eine völlige Neu- und Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen erreichen.

5. Europa und die Entwicklung der europäischen Integration

Daten

1957	Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): Römische Verträge
1979	erste Wahl zum Europäischen Parlament
ab 1988	Umbruch in den Ostblockländern
ab 1991	Zerfall Jugoslawiens in Einzelstaaten, einhergehend mit grausamen Kriegsverbrechen (z.B. sog. „ethnische Säuberungen“)
1999	Einheitliche europäische Währung "Euro" als Buchgeld im Bankenwesen, ab 1. Januar 2002 gibt es den Euro als echte Verkehrswährung.

Begriffe

EG (Europäische Gemeinschaft) / EU (Europäische Union)

Europäische Gemeinschaften, Sammelbezeichnung für die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft), Euratom und EGKS (Montanunion), die über gemeinsame Organe verfügen; ab 1.11.1993 Europäische Union (EU) auf der Grundlage des Vertrags von Maastricht, von den damals 12 EG-Mitgliedern Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien gebildete überstaatliche Organisation, die den institutionellen Rahmen bildet für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, für die Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik sowie für die bisherigen Europäischen Gemeinschaften. Der aktuelle politische Aufbau bzw. die Funktionsweise der EU wird im 2009 in Kraft tretenden Vertrag von Lissabon festgelegt, in dem u.a. das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates und das Amt des EU-Außenbeauftragten eingeführt wurden.

Die wichtigsten Organe der EU sind der Europäische Rat, der Ministerrat, die Europäische Kommission, ein beratender Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EUGH), die europäische Zentralbank sowie das Europäische Parlament, dessen Abgeordnete in den Mitgliedsländern direkt gewählt werden.

Europäische Integration

Nach dem Zweiten Weltkrieg forderte Churchill 1946 einen Zusammenschluss der europäischen Staaten mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung. Ursprung der EU s.o. bei EG. Großbritannien, Irland, Dänemark traten 1973 der EG bei. 1981 folgten Griechenland, 1986 Portugal und Spanien. 1992 wurde der Maastrichter Vertrag über die EU unterzeichnet. 1995 treten Finnland, Österreich und Schweden bei. 2004 treten im Zuge der großen Osterweiterung 10 Staaten bei, 2007 schließlich Rumänien und Bulgarien, 2013 Kroatien. Zurzeit (Stand 2017) hat die EU (mit Großbritannien) 28 Mitgliedsstaaten.